

6.15. Neu b Hessen heißt Flüchtlinge willkommen – aktiv für Menschenrechte und Integration!

Gremium: Landesmitgliederversammlung

Beschlussdatum: 26.09.2015

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

1 Millionen Menschen sind aktuell auf der Flucht vor Krieg, Leid, Verfolgung und Hunger. Viele
2 davon sind Kinder. Die Bilder und Berichte in den Medien von Menschen auf der Flucht bewegen
3 uns GRÜNE zutiefst. Sie erinnern uns erneut daran, dass gerade der wohlhabende Teil der Welt in
4 der Verantwortung steht, diesen Menschen eine neue Heimat zu eröffnen – auch weil viele der
5 Konflikte auf dieser Welt mit der ungleichen Verteilung von Reichtum und Armut, der Art unserer
6 weltweiten Wirtschaftsweise oder unserem Handeln oder teilweise Nicht-Handeln in diesen Ländern
7 zu tun haben.

8 Auch in Hessen kommen Flüchtlinge aus aller Welt an, in den letzten Wochen besonders viele. Der
9 Anteil derer, die vor Krieg und Gewalt fliehen, hat sich deutlich erhöht. Waren es 2013 noch
10 8.688 Flüchtlinge, die nach Hessen kamen, so waren es von Januar bis Juli 2015 bereits 22.708
11 Menschen. Insgesamt werden im Jahr 2015 derzeit 58.000 Asylsuchende erwartet. Die Situation für
12 diese Menschen ist angespannt, ihnen muss sofortige Hilfe zuteil werden. Aber auch für die
13 Akteure, die sich in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den aufnehmenden Gemeinden und
14 Kreisen engagieren, ist die aktuelle Situation sehr fordernd.

15 Wir wollen, dass die hier ankommenden Menschen in Hessen willkommen geheißen werden
16 Asylsuchenden, die vor Verfolgung, Krieg und Terror fliehen mussten, müssen zügig anerkannt
17 werden. Wir wollen, dass diese Menschen gut und sicher leben können und dass sie eine
18 Perspektive für ihr weiteres Leben entwickeln können. Wir wissen, dass viele dieser Menschen
19 hier bleiben werden und wir begreifen dies auch als Chance für unser Land.

20 Es kommen auch Menschen hierher, die in ihrem Land aufgrund der ökonomischen Situation keine
21 Perspektive für sich und ihre Familien mehr sehen. Auch sie versuchen aus individuell
22 verständlichen Gründen Asyl zu erhalten, weil ihnen kein anderer legaler Zuwanderungsweg nach
23 Mitteleuropa zur Verfügung steht. Auch wenn nicht alle Asylsuchenden auch einen Asylanspruch
24 haben ist für uns elementar, dass alle ein Recht darauf haben, menschenwürdig behandelt zu
25 werden. Eine Perspektive für diese Personengruppe liegt insbesondere in der sozialen und
26 wirtschaftlichen Verbesserung in ihren Herkunftsländern – für die auch Deutschland und Europa
27 Verantwortung tragen, sowie in einem für Deutschland überfälligen Einwanderungsgesetz.

28 In der aktuellen Situation sind alle Ebenen und Akteure gefragt, da anzupacken, wo Hilfe
29 benötigt wird. Auch das Land Hessen muss weiterhin zeigen, dass alles getan wird, um den
30 Schutzsuchenden die Hilfe zu geben, die sie benötigen.

31 Wir legen besonderen Wert darauf, dass die Ausländerbehörden bei der Vollstreckung der
32 Ausreisepflicht jeden Einzelfall dahingehend sensibel überprüfen, ob Abschiebungshindernisse
33 vorliegen oder eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung geboten erscheint. Wir setzen uns
34 für eine Aussetzung von Abschiebungen in Regionen ein, bei denen in den Wintermonaten für die
35 zurückkehrenden Flüchtlinge unzumutbare Härten entstehen würden. Durch eine solche Aussetzung
36 der Abschiebung und einem humanitär begründeten Bleiberecht soll sichergestellt werden, dass
37 Menschen vor einer die Lebensexistenz bedrohenden Diskriminierung geschützt werden. Dabei ist
38 insbesondere die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR)
39 und des Bundesverfassungsgerichts, wonach vonseiten des aufnehmenden Landes eine Zusicherung
40 für eine menschenwürdige und damit winterfeste Unterkunft vorliegen muss – insbesondere für

41 schutzbedürftige Gruppen (beispielsweise Familien mit Kindern unter 16 Jahren und Schwangere) –
42 zu beachten.

43 Die große Aufnahme- und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, das große Engagement vieler
44 freiwilliger Helferinnen und Helfer der Hilfsorganisationen sowie vieler weiterer
45 Ehrenamtlicher, der enorme Einsatz der zuständigen Behörden, die vielen Projekte und
46 Hilfsaktionen sind ein eindrucksvolles Zeichen der vorherrschenden Willkommenskultur. Wir sind
47 dankbar für das, was bereits geleistet wurde und wollen diesen Einsatz weiterhin stärken und
48 unterstützen. Der vom Landesverband für den 10. Oktober organisierte Flüchtlingskongress in
49 Wetzlar ist ein Schritt auf dem Weg zu einer Vertiefung des Dialogs und Stärkung der Vernetzung
50 von Ehrenamtlichen, Geflüchteten, Initiativen, Unternehmen, Vereinen, Verbänden und
51 Interessierten.

52 Für uns ist klar: Diese Aufgabe stellt das Land und die Kommunen vor gigantische
53 Herausforderungen. Aber es besteht kein Zweifel, dass wir den Menschen die bestmögliche
54 Aufnahme, Versorgung und Integration ermöglichen. Denn die meisten von denen, die bei uns
55 Schutz suchen, werden auch hier bleiben.

56 Deshalb gilt es, als Land Hessen, in den Kommunen und durch bürgerschaftliches Engagement
57 konsequent und nachhaltig alles zu tun, damit diesen Menschen die Ankunft und der Verbleib in
58 Hessen würdig und rasch ermöglicht wird.

59 Wir begrüßen, dass die Landesregierung große Anstrengungen für eine möglichst gute
60 Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge unternimmt und bereits eine Fülle zusätzlicher
61 Maßnahmen ergriffen hat:

62 • Damit die hier ankommenden Menschen eine menschenwürdige Unterkunft finden, hat das Land

63 Hessen zusätzlich zur Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen insgesamt 21 weitere
64 Erstaufnahmeeinrichtungen und Außenstellen eröffnet. Die Zahl von 6.000
65 Erstaufnahmeplätzen, die bis Anfang 2015 eingerichtet wurden, wurde damit in den letzten
66 Monaten mehr als verdoppelt, um der Vielzahl Hilfesuchender gerecht zu werden. Bis
67 Jahresende sollen 19.000 Erstaufnahmeplätze eingerichtet werden. Eine vorübergehende
68 Unterbringung in Zelten war bei den derzeitigen hohen Zugangszahlen innerhalb eines sehr
69 kurzen Zeitraums leider unumgänglich. Es müssen jetzt alle Möglichkeiten genutzt werden,
70 um dies nicht dauerhaft nötig zu machen – insbesondere nicht im Winter. In den
71 Erstaufnahmeeinrichtungen werden die dort ankommenden Flüchtlinge medizinisch versorgt
72 und können ihren Asylantrag stellen. Angesichts weiter steigender Flüchtlingszahlen hat
73 das Land im kommenden Jahr 630 Millionen Euro für die Versorgung und Unterbringung von
74 Geflüchteten in den Entwurf des Landeshaushalts eingestellt – trotz Schuldenbremse. Schon
75 jetzt zeichnet sich ab, dass diese Summe in den Haushaltsberatungen weiter erhöht werden
76 muss.

77 • Die Gebietskörperschaften erhalten seit Anfang 2015 eine um 15 Prozent erhöhte
78 Geldzuweisung für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung jedes Flüchtlings. Im Laufe
79 dieses Jahres will sich das Land mit den Kommunen auf eine weitere Anpassung der
80 Pauschalen verständigen.

81 • Die bereits zur Verfügung gestellten Bundesmittel zur Unterbringung und Versorgung von
82 Flüchtlingen werden vom Land eins zu eins an die Landkreise und kreisfreien Städte

weitergegeben. Die Kommunen erhalten somit zusätzliche 36,9 Millionen Euro für die Unterbringung und Versorgung vor Ort.

- Für Frauen und Kinder aus dem Nordirak und Syrien, die Opfer geschlechtsspezifischer oder sexueller Gewalt geworden sind, prüft die Landesregierung, wie sie das bereits bestehende Sonderkontingent des Landes Baden-Württemberg erweitern kann. So sollen die betroffenen Frauen und Kinder direkt nach Hessen kommen, um hier Schutz und Hilfe zu finden.
- Im Oktober und Dezember diesen Jahres wird von der Landesregierung ein Asylkonvent einberufen. Hier sollen die dringenden Fragen der Flüchtlingspolitik und die Integrationspolitik des Landes gemeinsam mit Verbänden und Experten diskutiert werden. Dies ist auch eine Weiterführung der Gespräche der im Februar 2015 von der Landesregierung einberufenen Asylkonferenz.
- Im Rahmen des kommunalen Investitionsprogramms wird ergänzend zu den vorhandenen Programmen ein zusätzliches Wohnungsprogramm mit einem Volumen von 230 Millionen Euro aufgelegt, um für Menschen mit geringem Einkommen und Flüchtlinge zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Wir wollen allen hier ankommenden Menschen mit Offenheit, Mitgefühl und Solidarität begegnen. Der menschenwürdige Umgang mit Schutzsuchenden ist und bleibt Leitfaden unserer Asyl- und Flüchtlingspolitik. Dies ist angesichts der Herausforderungen für einen menschenwürdigen Umgang mit geflüchteten Menschen nur ein Anfang, weitere Schritte müssen folgen.

Der Willkommenskultur muss die Integrationskultur folgen. Die Flüchtlinge, die auf absehbare Zeit oder für immer hier bleiben, brauchen schnellen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen sowie zum Arbeitsmarkt.

Die GRÜNEN Hessen setzen sich deshalb weiterhin u.a. für Folgendes ein:

- Den Ausbau der Unterstützungsangebote für Flüchtlingskinder an unseren Schulen. Dazu zählt auch die Ausweitung der Schulsozialarbeit, welche ein Bindeglied zur Integrationsarbeit darstellt.
- die aktive Umsetzung der EU-Richtlinie für besonders Schutzbedürftige (Kranke, Alte, Traumatisierte, Menschen mit Behinderung);
- die Evaluierung des Landesaufnahmegesetzes und Anpassung an bundespolitische Neuregelungen;
- die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Erstaufnahme mit Ärzteteams und so weit möglich psychologischer Betreuung der Flüchtlinge. Die Zeltstädte wollen wir schnellstmöglich durch winterfeste Unterkünfte ersetzen.
- Nach der Erstversorgung sollen eine dauerhafte Perspektive und eine Integration in die Gesellschaft schnellstmöglich sichergestellt werden. Deshalb sollen Programme zum Erwerb von Sprache und Qualifikationen sowie zur Integration in den Arbeitsmarkt für diese Zielgruppe verstärkt, fokussiert und genutzt werden.
- Die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sollen bei ihrer Arbeit unterstützt und koordiniert werden.
- Wir setzen uns für eine bundesweite Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge ein und werden gleichzeitig landespolitische Handlungsmöglichkeiten nutzen. Hier ist

Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland mit der Gesundheitskarte für Flüchtlinge bundespolitisch Vorbild – hieran sollten wir uns orientieren, um die Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge zu verbessern.

- Für erwachsene Flüchtlinge sollen in den Kommunen beispielsweise über die Volkshochschulen Sprachkurse angeboten werden.
- Um die schulische und berufliche Integration zu erleichtern, sollen möglichst früh die Qualifikationen von Flüchtlingen abgefragt und anerkannt werden.

Von der Bundesregierung erwarten wir:

- Strukturelle und dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Flüchtlingsunterbringung: Es kann nicht sein, dass der Bund bei steigenden Flüchtlingszahlen nur feste Beträge anbietet. Auch die Mitarbeiterzahlen des Bundesamts für Migration und Flucht müssen endlich kontinuierlich an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden.
- Klare Zusagen des Bundes bei den Sprach- und Integrationskursen: Der Willkommenskultur muss die Integrationskultur folgen. Viele Flüchtlinge werden lange oder für immer in unserem Land bleiben. Sie brauchen Unterstützung beim Lernen unserer Sprache und beim Zurechtfinden in einem neuen, ihnen bislang fremden Land.
- Erleichterter Arbeitsmarktzugang: Es ist widersinnig, Fachkräftemangel zu haben, und das Potenzial von qualifizierten Flüchtlingen mit Bleibeperspektive nicht möglichst frühzeitig zu nutzen und zu fördern. Daher fordern wir die Abschaffung der Vorrangprüfung.
- Einwanderungsgesetz: Jenseits des Asylrechts braucht es klare und legale Wege zur Einwanderung in unser Land. Dabei muss ein Einwanderungsgesetz mehr sein als eine Zusammenführung der bisherigen Regelung sein. Wir fordern, dass Deutschland endlich als Einwanderungsland begriffen wird.
- populistischen Tendenzen zu widerstehen: Sprüche, ideologische Debatten oder Scheinlösungen helfen niemanden. So atmet der bekanntgewordene Referentenentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Asylrechts den Geist von Aktionismus, Sanktion und Repression, statt die Länder und Kommunen bei ihren Aufgaben ausreichend zu unterstützen. Auch löst die Debatte um eine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten kein einziges real vorhandenes Problem. Weder hat die bisherige Ausweitung die Zuwanderung aus den Balkan-Ländern gestoppt, noch ist das Asylrecht das richtige Instrument, um die Perspektivlosigkeit vieler Menschen in diesen Ländern zu ändern.

Eine Asylablehnung aus diesem Grund muss rechtsstaatlichen Erfordernissen genügen und in jedem Fall auch gerichtlich überprüfbar sein.

Vor dem Hintergrund der genannten Erwartungen enthalten die Vereinbarungen des Bund-Länder-Flüchtlingsgipfels vom 24. September 2015 Licht und Schatten.

Die Landesregierung wird aufgefordert die Zustimmung zur Einstufung der Länder Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsländer abzulehnen.

Vor dem gesamten Hintergrund schließen wir uns der gemeinsamen Bewertung des GRÜNEN Ministerpräsidenten, der GRÜNEN stellvertretenden Ministerpräsidentinnen und

165 Ministerpräsidenten sowie der Partei- und Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN im Bund nicht an und
166 sehen in dem Paket keine tragfähige Grundlage für das weitere Gesetzgebungsverfahren.

167 Kollidierender Änderungsantrag: [ÄA 6.15 NEU-2: Hessen heißt Flüchtlinge willkommen – aktiv für](#)
168 [Menschenrechte und Integration!](#)

169 Vor dem gesamten Hintergrund schließen wir uns der gemeinsamen Bewertung des GRÜNEN
170 Ministerpräsidenten, der GRÜNEN stellvertretenden Ministerpräsidentinnen und
171 Ministerpräsidenten sowie der Partei- und Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN im Bund nicht an und
172 sehen in dem Paket keine tragfähige Grundlage für das weitere Gesetzgebungsverfahren.

173 Kollidierender Änderungsantrag: [ÄA 6.15 NEU-9: Hessen heißt Flüchtlinge willkommen – aktiv für](#)
174 [Menschenrechte und Integration!](#)